

Wir sind gegen Menschen•feindlichkeit und für gleiche Menschen•würde.
Verbände fordern Schutz vor Benachteiligung für Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen mit Behinderungen.

Einleitung

In den letzten Wochen gehen hundert•tausende Menschen auf die Straße. Sie demonstrieren. Sie fordern die gleichen Menschen•rechte, Vielfalt und Menschen•würde von der Politik. Sie sprechen sich gegen menschen•feindliche Annahmen, Ausgrenzung und Hass aus.



Unsere Politik beschließt aber Gesetze, die nicht allen Menschen die gleichen Rechte zusprechen. Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen mit Behinderung wurden Rechte weggenommen.

Ihre Situation hat sich so sehr verschlimmert, wie seit 10 Jahren nicht mehr. Sie erleben Benachteiligung und Ausgrenzung.



Geflüchtete sind Menschen, die ihre Heimat aus Angst verlassen. Die Angst ist dabei die Angst um ihr Leben.

Migranten sind Personen, die ihren Lebensmittelpunkt räumlich verändern. Das heißt sie wohnen dauerhaft außerhalb ihres Herkunfts-landes.

Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen mit Behinderungen

Eine Gruppe, für die es besonders dramatisch ist:

Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen mit Behinderungen.

Davon gibt es sehr viele. Es ist eine vielfältige Gruppe. Sie sind für die Politik unsichtbar und wurden vergessen.

Behinderte Menschen sind Menschen mit langfristigen körperlichen, intellektuellen psychosozialen und Sinnes•beeinträchtigungen. Diese Personen•gruppen stoßen auf verschiedene Barrieren. Dann werden sie in ihrer Teilhabe an der Gemeinschaft gehindert. Auch **Familien•angehörige** sind davon betroffen, die pflegen und unterstützen. Das sagt die UN-Behinderten•rechts•konvention (UN-BRK). Das ist ein Vertrag von Menschen•rechten. Den hat Deutschland unterzeichnet und ist gültig.



Geflüchtete Menschen mit Behinderungen brauchen **Unterstützung und Hilfs•mittel**. Damit haben sie die gleichen Chancen wie Menschen ohne Behinderungen.

Diese Unterstützungen können sein:

- Behandlung beim Arzt



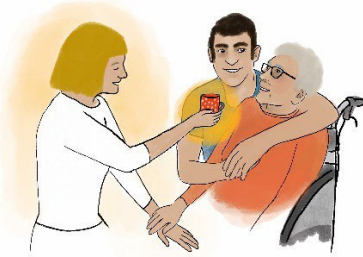
- Roll•stuhl und andere Hilfs•mittel



- Therapien wie zum Beispiel Psycho•therapie



- Pflege•leistungen

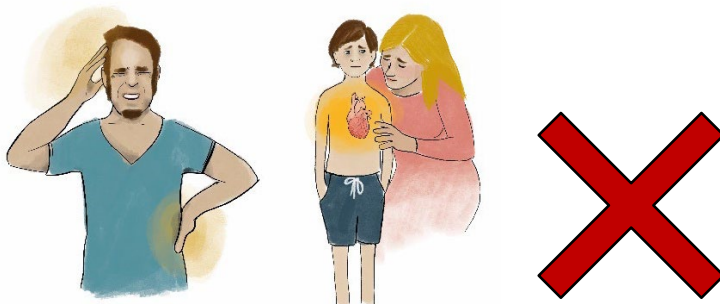


- Teilhabe•leistungen (Assistenz)



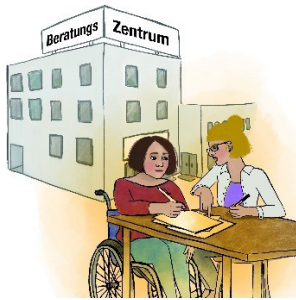
Benachteiligung

Laut den neuen Gesetzen werden geflüchtete Menschen mit Behinderungen diese **Hilfen nicht bekommen**. Oder sie müssen sehr lange auf die Hilfen warten. Das hat schlimme Folgen für ihre Gesundheit insbesondere für Kinder, Jugendliche und ältere Personen mit Behinderungen. Das kann sogar zu lebens•bedrohlichen Situationen führen.

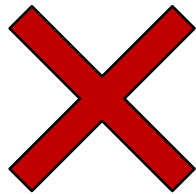


Die Politik hat auch beschlossen: Beratungs•stellen und **Hilfs•Organisationen** für behinderte Geflüchtete und behinderte Migranten bekommen weniger Geld. Das bedeutet,

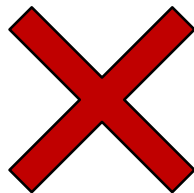
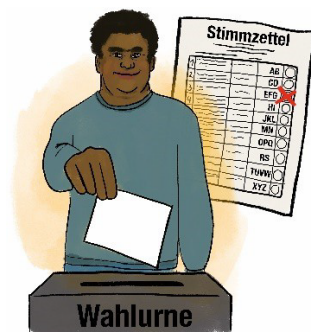
dass sie nicht mehr so gut unterstützen können. Der Zugang zu Recht und Unterstützung wird dann noch schwieriger.



Arme geflüchtete Menschen bekommen Geld vom Staat. Das sind Sozialleistungen. Das Geld ist viel weniger, als arme Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit bekommen. Die Politik möchte das jetzt ändern und gar kein Bargeld und Bankkonto mehr geben. Geflüchtete sollen eine besondere **Bezahlkarte** bekommen. Das schränkt ihre Selbstbestimmung sehr ein und verschlimmert ihre Situation.



Manchmal können behinderte Menschen keine Arbeit finden, weil sie benachteiligt werden. Oder sie können nicht arbeiten wegen Ihrer Gesundheit. Dann brauchen Sie Geld vom Staat. Dadurch wird es jetzt schwieriger den deutschen Pass und die **deutsche Staatsangehörigkeit** zu bekommen. Durch den Pass und der Staatsangehörigkeit ist die Person offizielles Mitglied des Landes. Und kann an der Politik mitbestimmen. Die Politik in Deutschland ist die Demokratie.



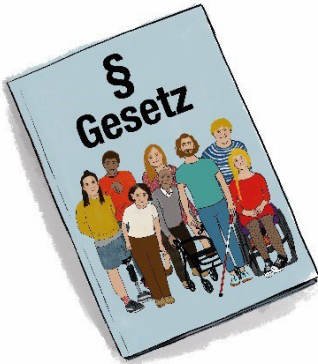
Widerspruch von Wissenschaft und Recht

Die neuen Gesetze widersprechen der Wissenschaft. Wissenschaftler sagen, es gibt keinen Grund für die Gesetzesänderung. Menschen flüchten vor Verfolgung, Krieg und Not und vielen anderen Gründen. Es werden nicht weniger Menschen nach Deutschland kommen, wenn sie weniger Sozialleistungen bekommen. Sie bekommen schon jetzt zu wenig Leistungen.



Die neuen Gesetze verstoßen gegen andere Gesetze, die es auf verschiedenen Ebenen gibt. Diese sind:

- Das Grund•recht
- Das Europa•Recht
- Die internationalen Menschen•rechte (zum Beispiel die UN-Behinderten•rechts•konvention)

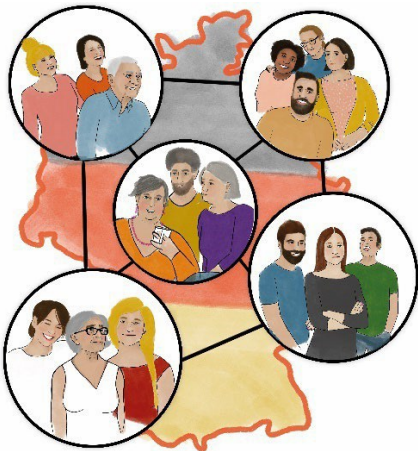


Das Bundes•verfassungs•gericht ist das wichtigstes deutsche Gericht. Und dieses Gericht sagt, dass es keine Rechtfertigung für die Veränderung gibt.

Forderungen

In diesem Brief machen viele Menschen und Organisationen mit.
Das sind:

- Selbst•vertretungs•organisationen von behinderten Menschen
- Migranten•selbst•organisationen
- Wohlfahrts•verbände (zum Beispiel Deutsches Rotes Kreuz)
- Vereinigungen für Menschen•rechte
- Vereinigungen von Rechts•anwälten
- Vereinigungen von Ärzten und Psycho•therapeuten
- Vereinigungen von Wissenschaftlern
- Weitere Verbände und Menschen



Sie fordern:

Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Das sind Menschen•rechte. Geflüchtete Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte auf Gesundheit, Sicherheit und Selbstbestimmung.

Unsere Grund•rechte sagen:

Alle Menschen haben Rechte. Die Menschen•würde kann nicht verloren oder abgesprochen werden. Das ist die wichtigste Aufgabe des Staates. Egal aus welchem Land eine Person ist oder welche Staats•angehörigkeit eine Person hat. Niemand darf wegen seiner Behinderung ausgeschlossen und benachteiligt werden. Und genau das ist durch die neuen Gesetze der Fall.

Daher fordern wir: Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen mit Behinderungen sollen ebenso die gleichen Rechte haben! Sie sind Teil der Gemeinschaft!

